



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)

453 (29.9.1932) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-370603](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-370603)

Neue Mannheimer Zeitung

Druckverlagsgesellschaft: 28 1/2 1/2 in a 1 an der Sonntag. Bezugspreise: Drei Quat monatl. RM. 2,00 und 21 Pf. Trügerlein, in unseren Reichstagsreden abgeleitet RM. 2,25, durch die Post RM. 2,70 einchl. 20 Pf. Postgeb. - Gieran 73 Pf. Reichspost. Adressen: Hald-Wehr, 12, Stumpfenstr. 43, Schwesinger Str. 44, Hirschstr. 12, No. 11, Hirschstr. 4, Postamtstr. 48, W. Coppenr. Str. 8, Se. Duffenstr. 1.

Mannheimer General-Anzeiger

Berlin, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. L. 4-4. - Fernsprecher: Sammelnummer 249 51
Postfach-Konto: Karlsruhe Nummer 175 00. - Telegramm-Adresse: Rema zeit Mannheim

Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil RM. 40 die 10 mm breite Tafelzeile; im Restenteil RM. 2,50 die 10 mm breite Zeile. Für im voraus zu bezahlende Familien- u. Gelegenheits-Anzeigen besondere Preise. Rabatt nach Tarif. - Zeitensatz 10%. - Für das Erhalten von Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an bestimmten Plätzen und für telefonische Aufträge keine Gewähr. - Geschäftsbüro Mannheim.

Mittag-Ausgabe

Donnerstag, 29. September 1932

143. Jahrgang - Nr. 453

Herriots mißglückter Schachzug

Durch Neuraths Abreise aus Genf ist der französische Plan vereitelt worden, Deutschland in eine fruchtlose Abrüstungsdebatte zu verwickeln

Herriot geht weiter

Drählung unseres eigenen Vertreters
1. Genf, 29. Sept.

Neuraths Abreise aus Genf, die gestern Abend um 8 Uhr erfolgte, hat Herrn Herriot einen tiefen Stich durch seine sein angekündigte Rede gemacht. Bekanntlich kündigte der französische Ministerpräsident gestern an, daß er heute in der Vollversammlung eine große Rede über die Aufgaben des Völkerbundes halten werde. Durch dieses Eingreifen Neuraths ist die allgemeine Aufmerksamkeit von der Vollversammlung auf die allgemeine Aussprache über die Aufgaben des Völkerbundes gelenkt worden. Die Franzosen erreichen, daß der Reichsaussenminister im Rahmen einer Konferenzrede den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage geltend machen werde. Mit Hilfe der französisch beeinflussten Staatsvertreter sollte dann der Antrag eingebracht werden, den deutschen Anspruch in die zurzeit nicht arbeitende, aber neu zu bildende Abrüstungskommission des Völkerbundes einzubringen zu lassen. Durch dieses Manöver wäre die Absicht der französischen Diplomatie, die Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage in der Kommission des Völkerbundes zu lösen, erreicht worden. Der das Verlangen dieser Kommission kennt, der weiß, daß dabei eben nie etwas anderes herauskommt, als ein weiterer Schritt zum Scheitern. Kein Wunder, daß die Franzosen über das Wähligen ihres Anstiehs nun die Abreise des Reichsaussenministers als eine „unpöbliche Geste“ hinstellen.

Auf deutscher Seite liegt nicht die Absicht vor, einen Redner in die allgemeine Aussprache der Vollversammlung zu entsenden. Kein politisch beträchtliches Interesse hat der Reichsaussenminister die Anwesenheit in der heutigen Vollversammlung der Vollversammlung zu erlangen. Der von französischer Seite erhobene Vorwurf, die internationale Öffentlichkeit verleihe zu haben, Klingt nach der heutigen Rede Herriots in Wahrheit unmittelbar vor dessen Auftreten in Genf sonderbar.

Die Wahrheit ist, daß Herriot gestern und vorgestern dem Reichsaussenminister aus dem Wege gegangen ist.

Was Genfer Brauch wäre es richtig gewesen, wenn Herriot dem Reichsaussenminister gestern Mitteilung darüber gemacht hätte, daß er in der Vollversammlung sprechen werde. Er sollte sich über den Inhalt der Rede der Reichsaussenminister, England und Italien, in Kenntnis. Der von Neurath erhaltene die Sache erst gestern nach der Vollversammlung, und zwar von einem Beamten des Völkerbundes. Herriot nimmt es also mit der internationalen Öffentlichkeit nicht sehr genau. Noch schlimmer sind gewisse Ausstellungen, die der französische Ministerpräsident vor dem englischen und amerikanischen Journalisten gemacht hat, die ihn zu einem Mitläufer eingeladen hatten. Die Journalisten gewannen aus dem mit Herriot geführten Gespräch den Eindruck, daß

der französische Ministerpräsident mit einem „deutschen Angriffskrieg“ rechnet und daß Jahr 1935 für das Jahr der Anbahnung der letzten Schlacht ist.

Auch bei seinen Besprechungen mit den Engländern und Italienern hatte Herriot nicht mit politischer Ausfalligkeit gegen Deutschland. Der italienische Staatsdelegierte erklärte ihm, daß Italien den deutschen Anspruch als berechtigt unterkäme, und zwar im Sinne einer wirklichen Abrüstung. Von dem Reichsaussenminister von Neurath wurde Herriot mitteilt, Deutschland sei durchaus bereit, auf der bereits bekannten Grundzüge Verhandlungen zu führen. Herr von Neurath hätte Herrn Herriot eine schriftliche Mitteilung für die nächsten Tage in Aussicht gestellt. Herriot befindet sich also in einer nicht gerade angenehmen Situation. Er wird heute weder von dem englischen Außenminister, noch von dem deutschen gebürt werden. Daher die Mut der Franzosen. Es heißt nun in der unterzeichneten französischen Zeitschrift, daß Ministerpräsident Herriot nicht die Absicht hat, in seiner heutigen Rede über allgemeine Völkerbundangelegenheiten zu sprechen. Durch Betonung des Völkerbundeswunsches wolle Herriot verstanden, die politischen Verbindungen, die seine Rede in Genf hervorgehoben hat, abzuschwächen.

Ausschicken in Paris

Drählung unseres Pariser Vertreters
1. Paris, 29. Sept.

Die ständige Abreise Neuraths nach Berlin hebt natürlich im Mittelpunkt des Interesses. Während aber gestern Abend ungewöhnliche scharfe Angriffe gegen Neurath gemacht wurden, den man „mangelnde internationale Öffentlichkeit“ vorwarf, hat sich heute die internationale Öffentlichkeit infolge eines Berichtes, als man diesen Bericht nicht mehr weiter aufrecht erhält. Durch eine Darstellung der Ereignisse des gestrigen

Neuraths Rückkehr nach Berlin

Das Verhalten des Reichsaussenministers wird allgemein gebilligt

Drählung unseres Berliner Vertreters
1. Berlin, 29. Sept.

In Berliner politischen Kreisen hat die Abreise des Reichsaussenministers aus Genf nicht allzuviel Überraschung hervorgerufen. Es war ja bekannt, daß die Reichsregierung ein weiteres Verbleiben Neuraths in Genf nur für den Fall ins Auge gefaßt hatte, daß die Gegenseite einen Schritt unternähme, um zum mindesten eine ernsthafte Erörterung der deutschen Forderungen auf Gleichberechtigung zu ermöglichen. Was aber unter der Hand an Vorklären auf die deutsche Delegation herangetragen wurde, hat sich als so völlig untauglich für eine auch nur einigermaßen erfolgreiche Diskussion erwiesen, daß ein längeres Verweilen des Außenministers in Genf zwecklos erschien. Herriots Ankündigung, daß er in der heutigen öffentlichen Sitzung des Völkerbundes sprechen werde, hat an den Dispositionen, die insoweit auf telephonischem Wege mit den Berliner maßgebenden Stellen vereinbart wurden, naturgemäß nichts mehr geändert.

Man hat sich hier wie drüben in der deutschen Delegation gefreut, daß von einer Rede des französischen Ministerpräsidenten nicht mehr zu erwarten sei, nachdem Herriot jede Fühlungnahme mit anderen Delegierten gänzlich vermieden und dadurch seine ungewollt bekannt hatte, daß er auf dem üblich abweichenden Standpunkt verharrt, den er in Gromat angenommen hat. In politischen Kreisen wird die Abreise Neuraths als eine Demonstration begrüßt, die den Druck der Lage befestigt. Eine demonstrative Geste ist, wenn man so will, der Aufbruch Neuraths insoweit, als damit deutlich gemacht wird, daß Deutschland an seinem Anspruch festhält und nicht geneigt ist, sich mit oberflächlichen Kompromissen abzulassen zu lassen.

Die Abreise des Außenministers wird in der Berliner Presse ruhig aufgenommen und allgemein gebilligt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“, das an der Genfer Politik des gegenwärtigen Kabinetts stets etwas zu lobeln hatte, gibt zu, daß die Abreise Neuraths ein rechtzeitiger Schritt in den Verhandlungen unter den obwaltenden Umständen sachlich nicht zu bedauern ist. Von der anderen Seite her kennzeichnet die „Deutsche Zeitung“ Neuraths Verhalten als einen Akt der Würde, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Reichsregierung ist jedenfalls nach wie vor feindschaftlich, in der Frage der Gleichberechtigung nicht nachzugeben.

Ausschub der deutschen Zahlungen an Amerika

Meldung des Botschafters
1. Washington, 29. Sept.

Der deutsche Botschaftsleiter, Botschaftsrat Veltner, setzte das Staatsdepartement gestern davon in Kenntnis, daß die Reichsregierung beabsichtigt, die Ende September fälligen Zahlungen für die amerikanischen Besatzungskosten und die mixed claims anzuführen. Das amerikanische Staatsamt nahm hiervon Kenntnis und übernahm der Presse eine dementsprechende Erklärung zur Veröffentlichung. Auf der vertraglich vorgesehen dreimonatigen Benachrichtigungsfrist wurde von amerikanischer Seite nicht beharrt.

Schaffmeister Duden Willis erklärte, es sei von deutscher Seite betont worden, daß es Deutschland nicht möglich sei, die zur Zahlung der Noten notwendigen Devisen zu erhalten.

„Bombenflieger über Rom“

Drählung unseres eigenen Vertreters
1. Rom, 29. Sept.

Zm Laufe der heutigen Nacht haben über Rom Luftabwehrübungen allergrößten Stils begonnen, die sich in den Morgenstunden fortsetzten

Zuges hat die französische Völkerbundesdelegation selbst darauf hingewirkt, daß irgendwelche Angriffe gegen die Form der Abreise des Herrn von Neurath in den meisten Blättern unterbleiben. Der „Petit Parisien“ stellt sogar fest, daß zwischen der deutschen und französischen Delegation sich alles im Zeichen der größten Höflichkeit abgepielt habe. Herriot habe Herrn von Neurath am Mittwoch seine Absicht, eine Rede zu halten, mitgeteilt. Darauf antwortete Herr von Neurath in gleicher Höflichkeit, daß er in Berlin um die Ermächtigung erjagt habe, seine Abreise um 24 Stunden aufzuschieben zu dürfen, was die Reichsregierung ungehindert der Bedeutung der bevorstehenden Abschiedsrede jedoch als unzulässig bezeichnete. Das Verhalten des deutschen Ministers von Neurath sei also einwandfrei gewesen.

Sachlich bedeutet die Geste der Reichsregierung selbst eine neue Unterbrechung des deutschen Standpunktes, die Haltung gegenüber der Abrüstungskonferenz nicht um ein iota zu ändern.

Der Genfer Vertreter des „Latium“ schlägt eine schärfere Tonart an und behauptet, der formelle Be-

stand insoweit, als damit deutlich gemacht wird, daß Deutschland an seinem Anspruch festhält und nicht geneigt ist, sich mit oberflächlichen Kompromissen abzulassen zu lassen.

Herr von Neurath, der gestern Abend um 8 Uhr Genf verließ, trifft heute nachmittag um zwei Uhr in Berlin ein. Nach am Nachmittag findet eine Radikalisierung statt, auf deren Tagesordnung zwar nur laufende Angelegenheiten stehen, in der aber Herr von Neurath über Genf berichten wird. In einer neuen Radikalisierung am Freitag werden die Fragen der Außenpolitik dann ausführlich behandelt werden. Ob Neurath am Schluß der Völkerbundesversammlung nochmals nach Genf zurückfahren wird, um in der Völkerbundesfrage den deutschen Standpunkt zu vertreten, ist im Augenblick noch unentschieden.

Die Abreise des Außenministers wird in der Berliner Presse ruhig aufgenommen und allgemein gebilligt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“, das an der Genfer Politik des gegenwärtigen Kabinetts stets etwas zu lobeln hatte, gibt zu, daß die Abreise Neuraths ein rechtzeitiger Schritt in den Verhandlungen unter den obwaltenden Umständen sachlich nicht zu bedauern ist. Von der anderen Seite her kennzeichnet die „Deutsche Zeitung“ Neuraths Verhalten als einen Akt der Würde, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Reichsregierung ist jedenfalls nach wie vor feindschaftlich, in der Frage der Gleichberechtigung nicht nachzugeben.

Die Abreise des Außenministers wird in der Berliner Presse ruhig aufgenommen und allgemein gebilligt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“, das an der Genfer Politik des gegenwärtigen Kabinetts stets etwas zu lobeln hatte, gibt zu, daß die Abreise Neuraths ein rechtzeitiger Schritt in den Verhandlungen unter den obwaltenden Umständen sachlich nicht zu bedauern ist. Von der anderen Seite her kennzeichnet die „Deutsche Zeitung“ Neuraths Verhalten als einen Akt der Würde, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Reichsregierung ist jedenfalls nach wie vor feindschaftlich, in der Frage der Gleichberechtigung nicht nachzugeben.

Die Abreise des Außenministers wird in der Berliner Presse ruhig aufgenommen und allgemein gebilligt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“, das an der Genfer Politik des gegenwärtigen Kabinetts stets etwas zu lobeln hatte, gibt zu, daß die Abreise Neuraths ein rechtzeitiger Schritt in den Verhandlungen unter den obwaltenden Umständen sachlich nicht zu bedauern ist. Von der anderen Seite her kennzeichnet die „Deutsche Zeitung“ Neuraths Verhalten als einen Akt der Würde, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Reichsregierung ist jedenfalls nach wie vor feindschaftlich, in der Frage der Gleichberechtigung nicht nachzugeben.

Die Abreise des Außenministers wird in der Berliner Presse ruhig aufgenommen und allgemein gebilligt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“, das an der Genfer Politik des gegenwärtigen Kabinetts stets etwas zu lobeln hatte, gibt zu, daß die Abreise Neuraths ein rechtzeitiger Schritt in den Verhandlungen unter den obwaltenden Umständen sachlich nicht zu bedauern ist. Von der anderen Seite her kennzeichnet die „Deutsche Zeitung“ Neuraths Verhalten als einen Akt der Würde, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Reichsregierung ist jedenfalls nach wie vor feindschaftlich, in der Frage der Gleichberechtigung nicht nachzugeben.

Die Abreise des Außenministers wird in der Berliner Presse ruhig aufgenommen und allgemein gebilligt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“, das an der Genfer Politik des gegenwärtigen Kabinetts stets etwas zu lobeln hatte, gibt zu, daß die Abreise Neuraths ein rechtzeitiger Schritt in den Verhandlungen unter den obwaltenden Umständen sachlich nicht zu bedauern ist. Von der anderen Seite her kennzeichnet die „Deutsche Zeitung“ Neuraths Verhalten als einen Akt der Würde, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Reichsregierung ist jedenfalls nach wie vor feindschaftlich, in der Frage der Gleichberechtigung nicht nachzugeben.

Die Abreise des Außenministers wird in der Berliner Presse ruhig aufgenommen und allgemein gebilligt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“, das an der Genfer Politik des gegenwärtigen Kabinetts stets etwas zu lobeln hatte, gibt zu, daß die Abreise Neuraths ein rechtzeitiger Schritt in den Verhandlungen unter den obwaltenden Umständen sachlich nicht zu bedauern ist. Von der anderen Seite her kennzeichnet die „Deutsche Zeitung“ Neuraths Verhalten als einen Akt der Würde, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Reichsregierung ist jedenfalls nach wie vor feindschaftlich, in der Frage der Gleichberechtigung nicht nachzugeben.

Die Abreise des Außenministers wird in der Berliner Presse ruhig aufgenommen und allgemein gebilligt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“, das an der Genfer Politik des gegenwärtigen Kabinetts stets etwas zu lobeln hatte, gibt zu, daß die Abreise Neuraths ein rechtzeitiger Schritt in den Verhandlungen unter den obwaltenden Umständen sachlich nicht zu bedauern ist. Von der anderen Seite her kennzeichnet die „Deutsche Zeitung“ Neuraths Verhalten als einen Akt der Würde, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Reichsregierung ist jedenfalls nach wie vor feindschaftlich, in der Frage der Gleichberechtigung nicht nachzugeben.

Die Abreise des Außenministers wird in der Berliner Presse ruhig aufgenommen und allgemein gebilligt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“, das an der Genfer Politik des gegenwärtigen Kabinetts stets etwas zu lobeln hatte, gibt zu, daß die Abreise Neuraths ein rechtzeitiger Schritt in den Verhandlungen unter den obwaltenden Umständen sachlich nicht zu bedauern ist. Von der anderen Seite her kennzeichnet die „Deutsche Zeitung“ Neuraths Verhalten als einen Akt der Würde, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Reichsregierung ist jedenfalls nach wie vor feindschaftlich, in der Frage der Gleichberechtigung nicht nachzugeben.

Die Abreise des Außenministers wird in der Berliner Presse ruhig aufgenommen und allgemein gebilligt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“, das an der Genfer Politik des gegenwärtigen Kabinetts stets etwas zu lobeln hatte, gibt zu, daß die Abreise Neuraths ein rechtzeitiger Schritt in den Verhandlungen unter den obwaltenden Umständen sachlich nicht zu bedauern ist. Von der anderen Seite her kennzeichnet die „Deutsche Zeitung“ Neuraths Verhalten als einen Akt der Würde, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Reichsregierung ist jedenfalls nach wie vor feindschaftlich, in der Frage der Gleichberechtigung nicht nachzugeben.

Die Abreise des Außenministers wird in der Berliner Presse ruhig aufgenommen und allgemein gebilligt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“, das an der Genfer Politik des gegenwärtigen Kabinetts stets etwas zu lobeln hatte, gibt zu, daß die Abreise Neuraths ein rechtzeitiger Schritt in den Verhandlungen unter den obwaltenden Umständen sachlich nicht zu bedauern ist. Von der anderen Seite her kennzeichnet die „Deutsche Zeitung“ Neuraths Verhalten als einen Akt der Würde, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Reichsregierung ist jedenfalls nach wie vor feindschaftlich, in der Frage der Gleichberechtigung nicht nachzugeben.

Die Abreise des Außenministers wird in der Berliner Presse ruhig aufgenommen und allgemein gebilligt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“, das an der Genfer Politik des gegenwärtigen Kabinetts stets etwas zu lobeln hatte, gibt zu, daß die Abreise Neuraths ein rechtzeitiger Schritt in den Verhandlungen unter den obwaltenden Umständen sachlich nicht zu bedauern ist. Von der anderen Seite her kennzeichnet die „Deutsche Zeitung“ Neuraths Verhalten als einen Akt der Würde, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Reichsregierung ist jedenfalls nach wie vor feindschaftlich, in der Frage der Gleichberechtigung nicht nachzugeben.

Die koloniale Schuldlage

Von Gouverneur z. D. Dr. Erich Schulz-Gewert

Hätten die Staatsmänner der alliierten und assoziierten Mächte, als sie in Paris mit der Lösung der Genfer Angelegenheiten beauftragt waren, wissen können, was ihnen in den eigenen Kolonien bevorstand, so hätten sie sich vermutlich gefürchtet, die Wegnahme der deutschen Kolonien mit dem Vorwand zu bekräftigen, Deutschland sei unfähig und unwürdig, Eingeborenenminderheiten zu betreuen. Seit dem Kriege haben andauernde Unruhen in der Kolonialzone die öffentliche Meinung der Welt darüber belehrt, was die Eingeborenen z. B. England und Frankreich von ihren Herren halten. Durch diese Ereignisse, sowie durch die Miswirtschaft, die unlangbar in den ehemaligen deutschen Kolonien unter dem Mandatsystem eingegriffen ist, hat die deutsche Kolonialverwaltung eine Rechtfertigung erlangen, wie wir sie uns nicht selber wünschen können. Denn wenn zufolge des jüngsten der beteiligten vierseitigen Punkte, die Präsident Wilson am 8. Januar 1918 als Friedensgrundlagen verkündete, die Interessen der Eingeborenen bei der Entscheidung der kolonialen Gouvernementsfragen Gewicht haben sollen, wird natürlich die Aufhebung der Eingeborenen selber dabei maßgeblich zu berücksichtigen sein.

Dennoch darf die koloniale Schuldlage nicht als wackelnd angesehen werden. Sie gehört zu den Bestimmungen des Versailler Vertrags, durch die Deutschland zu einem Staat minderen Ranges herabgedrückt worden ist und gegen die der Reichskanzler schon bei den Antantverhandlungen in nachdrücklichem Widerspruch eingeleitet hat. Sie besteht als politische Tatsache fort und würde erst mit unklarer Wiedererlegung in den vorigen Stand rückgängig befristet sein. Deshalb muß, soweit auch schon in Wort und Schrift zur Steuer der Wahrheit festgestellt ist, jede Neuerrichtung auf diesem Gebiet willkommen sein. In besonderem Maße gilt das von einer Dissertation, mit der ein amerikanischer Regent namens William S. J. Wright bei der Heidelberger philosophischen Fakultät im Sommersemester 1932 promoviert hat über das Thema: „Die Wirtschaftsentwicklung und die Eingeborenen-Politik in den ehemaligen afrikanischen Schutzgebieten Deutschlands von 1884 bis 1918“.

Doch ein Regent das Diktorengemach macht, ist an sich keine Seltenheit mehr. Eine auf das Regentproblem der Vereinten Staaten hier einzugehen, ist nur nebenbei erwähnt, daß die Internationalisierung der schwarzen Nordamerikaner seit ihrer Emancipation (1865) sehr weit gediehen ist. Es gibt dort schwarze Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte, Prediger usw. in großer Zahl, die an Regententwürfen ausgebildet sind. Auch in Literatur und Kunst betätigen sie sich zunehmend. Es hat daher schon etwas zu bedeuten, wenn ein geborener Angehöriger der schwarzen Rasse, die von Deutschland angeblich „grausam unterdrückt“ wurde (Teil IV Nr. 1 der alliierten Antwort auf die Bemerkungen der deutschen Friedensdelegation zu den Friedensbedingungen), diese Frage äußert hat. Er ist unweigerlich moralisch besser zur Sache festgelegt als die von Hoch und Dalger verkündeten Vorwürfe der Entente. Er ist an die Quellen-Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Berichte, Statistiken usw. — unmittelbar herangezogen und hat ein umfangreiches Tatsachenmaterial in gedrängter Form und übersichtlich flüssigem Deutsch selbständig verarbeitet. Nicht in allen Punkten können wir ihm beistimmen. J. H. ist keine Angabe, daß die Diamantenlager in Deutsch-Südwestafrika sich als die wirtschaftliche Rettung der Kolonie erwiesen hätten, nur bedingt richtig. Unvoreingenommenheit und klaren Willen beweist aber der Verfasser namentlich, indem er betont, daß militärisches und politisches Eingreifen in den ehemaligen deutschen Kolonien hier und da unermesslich nutzlos war, zunächst um die Voraussetzungen für eine geordnete Verwaltung zu schaffen, später auch mühsamer im größeren und weiteren Allgemeininteresse der Eingeborenen, um friedliche Teile der Bevölkerung vor Ausbeutung seitens räuberischer Nachbarstämme zu schützen. Diese Feststellung besteht er ausdrücklich auf die Kämpfe der Schutztruppe gegen die Dwaia und Bakoto in Kamerun und gegen die Herero, Wahebe und Maasai in Deutsch-Südwestafrika. Er widerlegt damit schändliche Propaganda-Äußerungen hinsichtlich Ursache, Zweck und Wirkung dieser Maßnahmen, und er kennzeichnet die parlamentarischen Angriffe der damaligen deutschen Kolonialopposition, von denen die feindselige Diplomatie in Versailles bekanntlich Gebrauch gemacht hat, zutreffend als größte parteipolitische Hebertretungen.

Wright's Gesamturteil ist in folgenden Sätzen niedergelegt: „Wenn Deutschland sich untauglich gezeigt hat, Kolonien zu besitzen, dann haben alle anderen europäischen kolonialregierenden Nationen sich gänzlich untauglich dazu gezeigt“.

... Deutschland, das als letzte der großen europäischen Mächte nach Afrika als Kolonialmacht ging, bemerkte am schnellsten seine Fehler, und zweifellos ist es mehr als die anderen Mächte, um seine Fehler zu verbessern. Es erscheint mir bewiesen, daß Deutschland sich die größte Mühe gab, die Eingeborenen in seinen Schutzgebieten zu verstehen; es ist mehr für die Erziehung, Gesundheit und öffentliche Wohlfahrt der Eingeborenen in den wenig mehr als dreißig Jahren, nachdem es die Kolonien erworben hatte, als irgend eine der anderen Kolonialmächte. ... Vergleichen Sie die Kolonien in Frankreich, Belgien, Portugal, Italien, Rußland und in britischen Reich ein so großzügiges und bedeutendes Eintreten für die Sache der Eingeborenen wie man es in Deutschland findet."

Diese Schrift gehört auf den Tisch der Ständigen Mandatskommission in Genf, und sie sollte in fremde Sprachen, vor allem ins Englische und Französische übersetzt werden.

Die Wehrmacht an Hindenburgs Geburtstag

Meldung des Wolff-Büros

Berlin, 20. Sept.

An Ehren des 86. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten, General-Feldmarschall von Hindenburg, fand für die Wehrmacht allgemein folgende Anordnungen getroffen werden:

Sonntag, 1. Oktober, Abend: Großer Zapfenstreich in allen Standorten außer Berlin (insbesondere Truppenübungsplätzen, in denen sich Musikkorps befinden).

Sonntag, 2. Oktober: 7 Uhr großes Wecken, Befolgen sämtlicher militärischer Dienstgebäude und Anlagen der Wehrmacht von 7 Uhr bis eine Stunde nach Sonnenuntergang. Schiffe der Reichsmarine, Kasernen, Militärgottesdienste in den Standorten. 19 Uhr beim Meer und bei der Reichsmarine: Paradauffstellung der Standorttruppen und der Marinekräfte am Lande, Raketerung der Marinekräfte an Bord. Ansprache der Standortältesten und Schiffskommandanten bzw. Piloten- und Luftschiffälteste, Vorbeimarsch der Standorttruppen, Platzhalt in den Standorten. Parole für Meer und Marine: Reichspräsident, General-Feldmarschall v. Hindenburg!

Preußenklage am 10. Oktober

Meldung des Wolff-Büros

Berlin, 20. Sept.

Der endgültige Termin für die Verfassungsklage wegen der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen ist nunmehr festgesetzt worden. Die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof findet am 10. Oktober statt.

Die abgeleitete Preußenregierung hat drei Anträge eingereicht. Der erste bezieht die Festhaltung, daß die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen mit so weitgehenden Befugnissen, die Abhebung der preussischen Staatsminister, die Jurisdiktionserhebung von Beamten und der Einwirkung in die Reichswehrangelegenheiten mit der Verfassung nicht im Einklang steht. Der zweite Antrag, der im wesentlichen mit dem von Bayern und Baden in ihren Sonderklagen gestellten Anträgen übereinstimmt, wünscht eine Entscheidung darüber, daß gewisse Maßnahmen der Reichsregierung unter allen Umständen über die Befugnisse aus Artikel 48 der Reichsverfassung hinausgehen, und zwar selbst dann, wenn die zur Durchführung notwendigen Befugnisse auftrügen. Der dritte Antrag wünscht die ausdrückliche Festhaltung, daß die vom Reich gegen Preußen erhobene Vorwürfe nicht zutreffen.

Papens Besuch in München

Meldung des Wolff-Büros

Berlin, 20. Sept.

Wie wir erfahren, wird der in Karlsruhe vorgenommene offizielle Besuch des Reichsstatistikers v. Papen bei der bayerischen Regierung in München am 11. Oktober stattfinden. Am Tage darauf hält der Reichsstatistiker vor den bayerischen Industriellen eine Rede.

Emil Drlik

Der bekannte Graphiker und Maler Emil Drlik ist im Alter von 61 Jahren einem Herzleiden erlegen.

Emil Drlik wurde am 21. Juli 1870 in Prag geboren, kam nach Abolierung des Gymnasiums nach München, wo er sich in der Privatschule Rüter im Zeichen ausbildete (bis 1891) und studierte dann bei W. von Lindenschmidt und H. P. Koch. Von 1894 an arbeitete er selbstständig, teils in Prag, teils in München. Im Jahre 1906 wurde er als Nachfolger Professor Edmunds an das Berliner Kunstgewerbemuseum berufen.

Drlik war gleichermäÙ als Maler, Malierer und Lithograph bekannt geworden. Während eines Aufenthaltes in Japan (1900-1901) machte er sich mit der Technik der japanischen Holzblockdrucke vertraut, auch im Jahre 1911 besuchte er Ostasien und fand dort reiche künstlerische Anregung. Von seinen Originalzeichnungen befinden sich Abbände in den Kupferstichsammlungen von Dresden, München und Berlin.

Die bekanntesten seiner Holzblockdrucke sind "Der H. (1907)", "Baugrund im Schnee" (Weimar). Außerdem hat Drlik eine große Zahl von Lithographien, Entwürfen für Gobelins, Buchillustrationen und Plakate geschaffen, verarbeitete er mit Paul von Hildebrandt und wurde in seinen Porträts eine Reihe von Charakterköpfen zu gestalten, so Max Klingner, Gustav Mahler, A. Strauß, Max Lieberow, H. Albert, K. H. R. u. a. m. Zu erwähnen sind ferner die Kupferstiche "Wägen der Vaner" (1919), "Die Räder" (1920), "Alte über China" (1922), "Neue über Räder" (1923).

Drlik trat in diesem Sommer nach Mitgliederbereitschaft an den Berliner Vereinten Künstlerinnen in den Rückzug. Er mußte sich wegen seines fortgeschrittenen Alters in ein Sanatorium begeben, wobei von dort in ein Berliner Krankenhaus über, wo er nun liegt. Die Woche nach Max Lieberow, seinem großen Freund und Zeugen, mit dem Drlik die Meisterschaft im Zeichen gemein-

Macdonald fittet sein Kabinett

Die Krise der nationalen Regierung ist dadurch nicht behoben

Drahtbericht aus London: Vertreter d. London, 20. Sept.

Es ist Macdonald gelungen, die Kabinettskrise zu lokalisieren und den Bruch, der durch die Demission von drei Kabinettsministern und acht Unterstaatssekretären eingetreten ist, schnell wieder zu schließen. Es war seinen Augenblick zu verlieren, denn die Verhinderung der ausstehenden Minister in die nächste Freiheit zu zwingen, war für manchen der zurückbleibenden liberalen Minister fast unüberwindlich. Wie Lord Snowden, Sir Herbert Samuel und Sir Archibald Sinclair unter einem Schweißen der Kabinettskrisen verlassen hatten, verlor Macdonald seinen Augenblick. Er benutzte die gebrochene Stimmung zu der Erklärung, daß er ansehe, der veränderten Lage bereit sei, die Kabinettsleitung aus der Hand zu geben. Dieses

Mittelschlagangebot Macdonalds

wurde aufschärfend abgelehnt. Macdonald beschloß sofort zum Telefon, um dem König, der noch im schottischen Sommerhof Balmoral weilte, Bericht zu erhalten. In dem kurzen Telefongespräch wurde nicht nur die Demission der Minister angenommen, sondern bereits die Reuebelegung der freitretenden Posten bedingt. Die Krise war vorüber. In der Wahl der

neuen Minister

ist Macdonald so vorsichtig wie möglich vorgegangen. Innenminister wird der bisherige Landwirtschaftsminister Sir John Simon, ein fähiger Administrator, der in der Konventionen Partei nicht besonders hervorgetreten ist. Landwirtschaftsminister wird der bisherige Unterstaatssekretär Major Walter Elliot, einer der schätzbaren jungen Konventionen, der während der langen Abwesenheit des Schatzkanzlers Chamberlain auf internationalen Konferenzen das Schachmatt verdienstvoll geleitet hat. Minister für Schottland wird der Reichsminister Sir Robert Collins, ein angesehener Hochverleger, der ebenfalls mehr für seine familiären Fähigkeiten als für seine politische Aktivität bekannt ist.

Alle drei neuen Minister sind Schotten, womit das bekannte Wort, daß das britische Weltreich von Schotten regiert wird, der Wahrheit um einen Schritt näher gebracht wird.

Die Nennennung des Nachfolgers Snowdens als Parteiführer ist verstanden worden, nachdem Lord Reading abgelehnt hat. Auch die kleineren Posten sind noch nicht wieder besetzt worden. Man kann trotzdem feststellen, daß die Krise vorüber ist. Das gilt natürlich nur für die unmittelbare Kabinettskrise. Erst in den nächsten Tagen und Wochen wird sich zeigen, ob und wie weit Macdonalds Stellung durch die Zession des linken Kabinetts-Sitzes gestärkt worden ist.

Der Premierminister selbst hat gestern Abend auf einem Presserapport sehr vorsichtig über seine Zukunftsaussichten gesprochen. Die Aufgabenarbeit, die wir vor einem Jahr begonnen haben, ist noch nicht beendet. Sie kann nicht beendet sein, ehe nicht die Reparations- und Arbeitsbeschäftigungsergebnisse und die nicht eine Weltwirtschaftskonferenz stattgefunden hat. Wir werden forscher, unsere gewöhnlichen Parteimitglieder zurückzuführen, bis diese Aufgaben erfüllt sind.

Dem ist nicht Macdonald als nur ein paar Monate Altes vor sich und es liegt demnach in der Natur der Dinge, daß die Regierung aller Parteien, die unter dem parlamentarischen Einfluß der vorjährigen Finanzkrise stehen, in dem Maße an Überzeugungsstärke verliert, wie die Weltläufe wieder normaler werden.

Es ist bezeichnend, daß die zurückgetretenen liberalen in ihren Demissionsbriefen gerade dieses Gebotnis in den Mittelpunkt stellen. Sie sehen sich berechtigt, ihrer politischen Meinung wider freies Spielraum zu lassen, weil die neue Krise, zu deren Überwindung der nationale Zusammenhalt im vorigen Sommer erfolgte, jetzt vorüber sei. Darin hat die im Kabinett Verbliebenen beinahe einigere Ansicht, aber es ist bemerkenswert, daß der Rücktritt der drei freischaffendsten Minister aus dem Koalitionskabinett nicht die geringsten Auswirkungen auf die Parteien im Inn- und Ausland gehabt hat. Das "Financial Review" erklärt sogar, es sei nur zu begrüßen, wenn das unumkehrbare Schicksal einer Regierung zu Ende gegangen sei, die in der wirtschaftlichen Frage der Politik, nämlich in der Wirtschaftspolitik, hoffnungslos untauglich sei. Auch die politische Presse nimmt den Bruch vollkommen ruhig hin. Die Konventionen äußern mäÙiges Bedauern, begrüßen

Die Reihenfolge der Wahlvorschläge

Meldung des Wolff-Büros

Berlin, 20. Sept.

Der Deutsche Reichstagsdeputierten-Versammlung hat heute eine Verordnung des Reichspräsidenten über die Reihenfolge der Wahlvorschläge der Parteien an. In dieser Verordnung wird u. a. die Reihenfolge der Wahlvorschläge der Parteien angeordnet, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben oder zu demselben Abgeordnete des letzten Reichstages bekannt haben. Die Reihenfolge lautet:

1. SPD, 2. DDP, 3. DVP, 4. Zentrum, 5. USVP, 6. Bayerische Volkspartei, 7. Deutsche Volkspartei, 8. Sozialpartei, 9. Christlich-Sozialer Volksdienst, 10. Wirtschaftspartei, 11. Deutsche Bauernpartei, 12. Landvolk, 13. Deutsches Landvolk, 14. Volkrechtspartei.

Weiter bestimmt die Verordnung, daß Parteien, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten waren, auf einen dem Reichspräsidenten des Innern zu stellenden Antrag hat der ihnen zufolge ihres Ansehens an den Reichswahlvorschlag einer anderen Partei stehenden Nummer mit Vorhabenszahl für ihre Wahlvorschläge die eigene Nummer behalten können.

Im Übrigen erhalten die Parteien, die ihren Ansehens an den Reichswahlvorschlag einer anderen Partei erklären, auf dem Wahlschein die Nummer

ihres Reichswahlvorschlags mit Vorhabenszahl mit, wenn sie innerhalb der Zeit zur Einreichung der Wahlvorschläge eine Zustimmung darüber beibringen, daß der Vertrauensmann des Reichswahlvorschlags, an den der Ansehens erklärt ist, mit dem Ansehens einverstanden ist.

Besprechungen der Mittelparteien

Drahtbericht aus Berlin: Berliner Büro, 20. Sept.

Aus Stuttgart war über eine Konferenz der Führer der Mittelparteien mit dem Ziel, für die Reichstagswahlen eine gemeinsame Liste aufzustellen, berichtet worden. Es hätte geheißen, daß an der Besprechung Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Bauernpartei und der Christlich-Sozialen teilgenommen hätten. Die Volkspartei läßt nun erklären, daß sie zwar zu der Tagung eingeladen worden sei, die Teilnahme aber abgelehnt habe. Sie habe die Ansicht, das Wahlbündnis mit der Deutschen Nationalen Volkspartei mit seinen Änderungen nicht zu erhalten. Ein Wahlbündnis mit einer Partei, die sich gegen die Politik der letzten Reichsregierung wende, komme für sie nicht in Frage.

aber die "Lösung". Nur die "Times" haben den Rat, auf den wirtschaftlichen Grund der Demission auszugehen, nämlich darauf, daß die

Die Stimmung der liberalen Wählerschaft im Verlauf der Wahlpolitik der nationalen Regierung entschieden gemindert hat. Mit anderen Worten: der Freiheitsgedanke ist im Grunde noch nicht so tot, wie in den Londoner "politischen Kreisen". Die liberalen Minister sind nicht von oben gestürzt, sondern von unten her aus dem Kabinett herausgedrungen worden.

In einer ganz anderen Kategorie steht der Rücktritt Lord Snowdens. Er hat einen besonderen Demissionsbrief an den Premierminister gerichtet, in dem er überaus scharfe Angriffe gegen die Regierungspolitik richtet. Mit der Bitterkeit, die man von Snowden seit langem gewöhnt ist, erklärt er, daß die Konventionen, gemäß auf ihre übermäßige Unterhandlung, Macdonald und seine engeren Parteifreunde im Kabinett nur als Ausbändel benutzte hätten, um ihre Parteipolitik durchzuführen. Ich kann nicht länger einer Regierung angehören, schreibt Snowden, die eine meiner Ansicht nach gefährliche Politik betreibt, die zum Abwandelnd des britischen Weltreiches und zur Erschütterung unserer internationalen Beziehungen führen wird. Snowden geht in Beziehung zu den liberalen Ministern nicht zum Parteipublikum zurück, sondern in die politische Welt.

Streik bei Scherl

Drahtbericht aus Berlin: Berliner Büro, 20. Sept.

In dem großen Berliner Zeitungsdrukwerk Scherl & Co. Streik seit vorgestern die graphischen Arbeiter und das Verlagspersonal. Der Streik hat sich gestern dadurch verschärft, daß man auch die Zeitungsführer und die Hilfsarbeiter in der Handbinder in Ausbändel traten. Der Konflikt umfaßt gegenwärtig über 1000 Personen. Der Verein Berliner Buchdruckermeister veröffentlicht eine Erklärung, in der er heißt, daß der Streik in Zusammenhang mit den politischen Abwehrmaßnahmen gegen die wirtschaftlichen Pläne der Reichsregierung stehe. Bemerkenswert sei, daß auch die nationalsozialistische Gruppe sich diesem Streik anschloß.

Brüffel ohne Licht

Meldung des Wolff-Büros

Brüssel, 20. Sept.

Das hiesige Elektrizitätswerk ist, wie wir bereits kurz mitteilen, durch einen Brand vollkommen zerstört worden. Das Feuer entbrach in den Heizungsanlagen des Hauptgebäudes und breitete sich mit so überhandnehmender Schnelligkeit aus, daß die Heiligkeit eben noch Zeit hatte, sich über Kopf in Sicherheit zu bringen. Die gesamten Anlagen mit ihren großen Turbinen sind vollständig zerstört. Nur ein Nebenwerk mit einer Leistung von 1000 PS. konnte gerettet werden.

Ein Arbeiter der schweren Brandwunden erlitten. Heilige Wandernmänner beobachteten die Katastrophe von den Werten eines in der Nähe vorbeiziehenden Omnibusses. Die Stromerzeugung war für mehrere Stunden völlig stillgelegt und konnte am Abend nur in beschränkter Umfang wieder aufgenommen werden.

Lieferwagen von Verlorenung erloht

— Koblenz, 20. Sept. Ein mit mehreren Verlorenen besetzter Lieferwagen wurde gestern beim Überqueren des Bahndamms von einem Busen beim von der Lokomotive eines Verlorenungszuges erfasst und auf den Bahndamms gestürzt. Vier Insassen des Wagens wurden schwer verletzt.

Brand in der Krankenanstalt Grünberg

— Grünberg (Schlesien), 20. Sept. In den Büroräumen der Allgemeinen Krankenanstalt des Kreisverbandes Grünberg, die im Gebäude des Kreisverbandes untergebracht sind, trat plötzlich ein Feuer aus, das an den Wänden reichliche Nachruhm fand. Nach den bisherigen Ermittlungen liegt Brandstiftung vor.

und gewiß wird Emil Drlik als Graphiker in der Kunstgeschichte der letzten Jahrzehnte fortleben. Drlik's Lehrer, der alte Professor Rüter in München, hat seinen berühmten Schüler seit als ein



Beispiel für den echten Künstlergeist bei der Erlernung des Zeichnens dargestellt. Drlik hatte es darin zu einer ungewöhnlichen Virtuosität gebracht; er vermochte in erstaunlich kurzer Zeit die Züge des Vorstehenden graphisch festzuhalten, wobei er einen jeden Strich von Schönheit erreichte. Diese Porträts wählten nie die im letzte des Lebens der einzelnen Menschen vorzuziehen, aber dafür brachten sie eine umso größere Kunstfertigkeit.

Die Art seiner Bilder befähigt sich etwas bezauberndes. Ein Bild, das mit einer Federzeichnung oder Radierung von Drlik geschmückt war, erhielt damit eine sehr gepflegte, vornehme Note. Es ist auffallend, wie viele Künstler Drlik porträtiert hat, nicht nur Musiker, sondern vor allem auch Maler; daraus spricht eine ungeheure Zahl an Zeichnungen, das immer wieder, bei allen Vergleichen, nicht neue seine erstaunliche Sicherheit an demselben Punkte. Von manchen dieser Bilder kann man sagen, daß sie geradezu überaus schön sind. Seine Art der zahllosen Arbeit wird sich nicht vermindern.

Licht im Dürerhaus

Von Max Jungnickel

Fast wie der Hauch auf einem Glase steht die Randschele. — Bild durcheinander, gedrängt haben die Häuser um das Dürerhaus und wie ein Regieriger auf ein Wunder. Ein alter Weinberg frucht wie ein Irter Baum am Ufer eines zusammengekauften Hauses herant.

Plötzlich wird's im Dürerhaus hell: Buerck pulst das Licht wie eine goldene Rasse herum, und nun leuchtet: strahlend und lustig.

Was ist? — Ist der alte Dürer aus seinem Grabe gekommen? Hat ihn ein Bild nicht schlafen lassen? Will er hier und dort noch einmal seine Augen andächtig wandern lassen über manchen Wunder, das er mit seltsamer Stille hingehört? Gibt er in seiner niedrigen, gestülpten Stube, in die sich das Mittelalter wie eine Spinne eingesponnen hat, mit wehgeträubtem Hauch und grüßelt vor sich hin, den Kopf auf die Hände gelegt? Ist es so?

Seine allen, matten Blicke gleiten über eine kleine, goldene Wasse. Die Wasse ist ein Symbol: eine Wasse, auf der die Weisheit der Menschen gewogen werden. — Nun haucht er den Atem auf das Gold einer Medaille. Seine Finger gleiten über die Medaille hin, und man sieht in seinem weichen Gesichtslächeln die Zeitlichkeit. Er hat dabei empfunden, als er die Platten und Scherben der Medaille nachsetzt.

Aber plötzlich ist's als freudig sich Gottes Almachtige Hand aus dem Nachschimmel greift das Dürerhaus oben am Anbau und hebt es hoch wie eine angeordnete Wetterlaterne.

Und leuchtet mit heller Sonne in das deutsche Angesicht von heute hinein. — Und er steht in die zerfetzten Hüllen, steht die letzten Schatten der Not darin und der Vollmondschleier. — Aber jetzt, wo er mit dem Dürerhaus, seiner Wetterlaterne, in das deutsche Angesicht hineinleuchtet: da wird's von einem großen Glanz durchgelit. Es strahlt, wie von unerschöpflichen Lichtern durchleuchtet. Die zerfetzten Hüllen glücken sich. Es wird wieder schön und himmelblau.

Wie eine seltsame Glat liegt's um Dürer's Wohnstätte. Man möchte die Seele daran wärmen wie an der Brust einer Mutter, die man schande verliert, die man nun wiedergerufen hat, nachdem man sich draußen, in der Fremde, die FüÙe wundgefahnen hat.

Das Nationaltheater stellt mit: Die Operette "Mafarone" von Willibrod, die am Sonntag zum erstenmal in der neuen Bearbeitung von Ernst Pfeiffer und Paul Knepler am Nationaltheater zur Aufführung kommt, hat in den bisherigen Aufführungen dieser Fassung erneut bewiesen, daß sie zu den bleibenden Werken der klassischen Wiener Operette gehört. Die Bearbeitung hat den musikalischen Rahmen der Originalfassung ebenso wie das Grundgedenke der bekannten Handlung unter künstlerischen Klauen und Schmugglern unverändert gelassen. Die musikalische Leistung hat Karl Rauch, die Regie Alfred Sandors. In den Hauptrollen sind beschäftigt Sophie Karz, Ellen Philipp, Oelmann Neugebauer, Walter Jock, Karl Rang, Walter Friedrich und Josef Offenbach. In einer großen Konzertsäle nach Musik von Ganne ist der größte Teil der Langgruppe beschäftigt. Tanzsolistin Annie Oester und Rudolf Gerlach. — Generalmusikdirektor Josef Roth wird in Berlin im Zusammenhang der Volksbühne eine Aufführung der Reinen Symphonie von Beethoven mit den Berliner Philharmonikern dirigieren.

Bessere Kreditversorgung für das badische Grenzgebiet

Die Kreditkammer hat in ihrer Sitzung mit den... Bessere Kreditversorgung für das badische Grenzgebiet...

Hanomag-Obligationen-Versammlung

Nicht beschlüssig / Stundenlange Debatte... Hanomag-Obligationen-Versammlung...

Stürmische Hovad-Generalsammlungen

Hefige Angriffe auf die Verwaltung

Die an 28. Sept. '32... Stürmische Hovad-Generalsammlungen...

Die Hovad-Gesellschaften als unangenehme Konkurrenz

Der Vertreter der Berliner Bank für Handel und... Die Hovad-Gesellschaften als unangenehme Konkurrenz...

Die Währungsreform und dem Kapitalmarkt

Die Währungsreform und dem Kapitalmarkt... Die Währungsreform...

Neueinstellungen in der Industrie

Die Industrie... Neueinstellungen in der Industrie...

Die Industrie... Neueinstellungen in der Industrie...

Das Interesse für die Schutzgebiet-Anleihen

Das Interesse für die Schutzgebiet-Anleihen... Das Interesse...

Das Interesse für die Schutzgebiet-Anleihen... Das Interesse...

Der Weinherbst an der Mittelhaardt

Der Weinherbst an der Mittelhaardt... Der Weinherbst...

Der Weinherbst an der Mittelhaardt... Der Weinherbst...

Deutsch-tschechoslowakische Wirtschaftsverhandlungen

Deutsch-tschechoslowakische Wirtschaftsverhandlungen... Verhandlungen...

Das Interesse für die Schutzgebiet-Anleihen... Das Interesse...

Das Interesse für die Schutzgebiet-Anleihen... Das Interesse...

Der Weinherbst an der Mittelhaardt... Der Weinherbst...

Deutsch-tschechoslowakische Wirtschaftsverhandlungen... Verhandlungen...

